

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 16.05.2017 zu dem „Faktenfinder“-Beitrag „Wer hat Angst vor George Soros“ vom 02.05.2017

In ihrer Programmbeschwerde vom 16.05.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam einen Artikel von Silvia Stöber in der Rubrik „Faktenfinder“ auf tagesschau.de mit dem Thema „Wer hat Angst vor George Soros?“ als tendenziös und inhaltlich falsch.

ARD-aktuell nimmt zu der Kritik wie folgt Stellung:

Soros wird in dem Artikel als Mäzen beschrieben, problematische Seiten seiner Tätigkeit als Finanzinvestor und Geldgeber werden in dem Artikel genannt. Da von den Herren Klinkhammer und Bräutigam keine Beispiele für Verschleierung oder Verharmlosung vorgelegt werden, können wir darauf nicht weiter eingehen. Der Blog „Alles Schall und Rauch“ wird lediglich als ein Beispiel für die zitierte Behauptung angeführt, verdeutlicht durch das einleitende Wort „So“ am Satzanfang.

Die Rosenrevolution in Georgien 2003 wird als eines von vielen anderen Beispielen im Text aufgeführt. Deshalb wird nur eine kurze Darstellung der Ereignisse gegeben. Die Erkenntnisse dazu beruhen auf Gesprächen der Autorin mit zahlreichen Zeitzeugen und Schlüsselfiguren während der vergangenen zehn Jahre, unter ihnen Schewardnadse selbst.

Die Autorin behauptet nicht, Soros habe „keinen Sturz von Regierungen im Interesse der USA betrieben“. Sie schreibt lediglich, dass solche Thesen der komplexen Realität nicht gerecht werden. Im Fall der Rosenrevolution wird dies besonders deutlich. Schewardnadse war, wie er selbst betonte, für einen Beitritt Georgiens zur NATO, US-Außenminister Baker bezeichnete er als einen seiner größten Freunde. Damit drängt sich die Frage auf, warum die US-Regierung ihn dann hätte stürzen und Instabilität in diesem „Land von geostrategischem Interesse“ riskieren sollen. Zudem war zu der Zeit George W. Bush Präsident, dem Soros kritisch gegenüberstand. Kein Grund also für Soros im Interesse der amtierenden US-Regierung zu handeln.

Die Autorin stellt nicht in Frage, dass Georgien zu den größten Empfängern finanzieller Unterstützung von US-Organisationen und der Open Society Foundation zählte. Vielmehr benennt sie mit dem Liberty Institute und der Bewegung Kmara! zwei konkrete Beispiele und beschreibt sie als treibende Kräfte des friedlichen Protests. Soros jedoch den Umsturz zuzuschreiben, würde den Menschen in Georgien die Mündigkeit und das Recht absprechen, sich friedlich gegen schweren Wahlbetrug, allgegenwärtige Korruption und Unfähigkeit der Regierung zu wehren.

Über die autoritäre Regierungsführung von Präsident Saakaschwili hat die Autorin an anderer Stelle ausführlich berichtet: <http://www.tagesschau.de/ausland/saakaschwili-ruecktritt-101.html>
Ein Abschnitt dazu wurde aus dem Text zu Soros aus Längengründen gekürzt.

Am Beispiel Armenien erläutert die Autorin eine Problematik, die die langjährige Finanzierung von NGOs mit sich bringen kann: Es entstehen feste Strukturen zwischen Nehmern und Gebern, die wie im Fall Armeniens zu korrupten, mithin mafiösen Verhältnissen führen können. Die zitierten Experten werden namentlich nicht genannt, weil sie bei Nennung berufliche Probleme zu befürchten hätten.

Wäre Soros in Armenien so umtriebig und einflussreich wie beschrieben, hätte die armenische Regierung 2013 kaum die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens abgesagt und sich dann der Eurasischen Union angeschlossen. Das in der Programmbeschwerde zitierte European Strategic Intelligence and Security Center (ESISC) in Brüssel ist als Think Tank wegen seiner fragwürdigen Expertise, seiner Arbeitsmethoden und mutmaßlichen Geldgeber umstritten. Der Text des „Tagesspiegel“ zur genannten Studie ist kein redaktionell erstellter Artikel, sondern eine Presse- bzw. PR-Meldung und als solche gekennzeichnet.

Die Studie dieses Think Tanks über ein mit Soros-Geldern „verdeckt arbeitendes Armenien-Netzwerk“ ist einzuordnen in den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, der nicht nur im Konfliktgebiet Berg-Karabach selbst ausgetragen wird, sondern mit massivem Lobbying auch in Washington, in europäischen Hauptstädten und vor allem im Europarat.

Die genannte Studie ist klar zugunsten der Regierung Aserbaidschans formuliert, die massiv gegen junge Regierungskritiker vorgeht und diese unter konstruierten Vorwürfen zu Gefängnisstrafen verurteilen lässt, dies auch schon für kritische Kommentare auf Facebook. Es gibt keinen Grund, Abgeordneten im Europarat und Menschenrechtsorganisationen unlautere Absichten zu unterstellen, wenn sie das Schicksal dieser politischen Gefangenen im Europarat thematisieren. Die aserbaidshanische Regierung wiederum hat nachweislich versucht, Abgeordnete zu bestechen und sie unter Druck gesetzt. Entsprechende Berichte sind auf tagesschau.de zu finden.



In der Programmbeschwerde wird falsch aus Artikeln zitiert, Argumentationslinien werden verkürzt oder verfälscht wiedergegeben. Mit unbelegten und persönlich beleidigenden Unterstellungen wird versucht, die Arbeit der Autorin zu diskreditieren. Fehler werden nicht nachgewiesen. Die Behauptung, die Autorin sei „‘regime-change’-Prophetin bzw. Vorfeldexpertin der antirussischen Berichterstattung“ und weitere Unterstellungen weisen wir zurück. Es ist alles andere als unredlich, mit Stipendien der genannten Stiftungen vor Ort zu recherchieren, statt vom Schreibtisch aus die Welt zu beschreiben. Genauso wenig ist es problematisch, an Veranstaltungen von politischen Stiftungen Deutschlands teilzunehmen und Oppositionelle ebenso wie Regierungsvertreter in welchem Land auch immer zu interviewen. Das bedeutet nicht, dass die Autorin deren Positionen übernimmt oder selbst politisch aktiv wird.

Aus genannten Gründen sehen wir keinen Verstoß gegen die Programmgrundsätze gegeben.

Hamburg, 02.06.2017

Dr. Kai Gniffke
Erster Chefredakteur ARD-aktuell